

# Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger)

Telegramm-Adresse  
„Tageblatt“, Riesa.

**Amtsblatt**

Postfach  
Nr. 20

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 200.

Mittwoch, 29. August 1894, Abends.

47. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Strehla, des Ausgabestells, sowie am Schalter der kais. Postanstalten 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Einzelgen-Aufnahme für die Nummer des Ausgabestages bis Vormittag 9 Uhr ohne Gewähr.

Druck und Verlag von Banger & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Rasanienstraße 56. — Für die Redaktion verantwortlich: Herr Schmidt in Riesa.

## Konkursverfahren.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen der **Anna Marie Schuster**, alleiniger Inhaberin der Firma **J. G. Schuster in Riesa** ist zur Abnahme der Schlussrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen und zur Beschlussfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensstücke der Schlusstermin auf

den 24. September 1894, Vormittags 9 Uhr

vor dem königlichen Amtsgerichte hieselbst bestimmt.

Riesa, den 28. August 1894.

Bänger, Gerichtsschreiber des königlichen Amtsgerichts.

## Die bahnfiskalischen Vändereien und Grasnutzungen

an der Eisenbahnstrecke Dahlen-Riesa sollen auf sechs Jahre, vom 1. Oktober 1894 bis zum 30. September 1900, unter den beim Termine bekannt zu gebenden Bedingungen öffentlich verpachtet werden und zwar:

1. an der Strecke Dahlen-Oschag am 3. September d. J.

Pachtbeginn 8 Uhr 30 Min. vormittags auf Bahnhof Dahlen,

2. an der Strecke Oschag-Riesa am 4. September d. J.

Pachtbeginn 8 Uhr 15 Min. vormittags auf Bahnhof Oschag.

Riesa, am 19. August 1894.

Königliche Eisenbahn-Bauinspektion.

## Tagesgeschichte.

Der Ertrag, welchen die Börsensteuer in dem ersten Drittel des laufenden Etatsjahres aufweist, giebt denjenigen nur zu sehr Recht, welche, als in der vorigen Reichstags-sitzung nur einer der vorgelegten Steuerentwürfe zur Annahme gelangt, behaupteten, daß gerade dieser sich am wenigsten dazu eigne, auf ihm fortdauernd gleichmäßig hohe Ausgaben zu passiren. Die Erhöhung der Börsensteuer ist seit dem 1. Mai d. J. in Kraft. Wenn man ihr den gesamten Mehrertrag im ersten Drittel des laufenden Etatsjahres gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in Rechnung stellt, so würde die Erhöhung innerhalb dreier Monate die Summe von 2,3 Millionen erbracht haben. Es ist gewiß nicht nur möglich, sondern wahrscheinlich, daß unter anderen wirtschaftlichen Verhältnissen die Börsensteuer wesentlich höhere Erträge erbringen wird, hat doch die Börsensteuer vor ihrer Erhöhung in einzelnen Jahren weit mehr abgeworfen, als sich für das laufende Jahr nach den bisherigen Ergebnissen erwarten läßt. Aber daß es trotz der Erhöhung möglich ist, daß die Börsensteuer so geringe Einnahmen aufweist, zeigt doch, wie wenig stetig sie ist und wie sie bei der Deckung dauernder Ausgaben nur als Ergänzung gedacht werden mußte. Wenn demnach in einzelnen Blättern die geringfügigkeit der Erträge der Börsensteuererhöhung hervorgehoben wird, so ist das, allerdings unter der Beschränkung, daß die Steuererhöhung nicht für immer so niedrige Ergebnisse zu haben braucht, gerechtfertigt. Wenn dagegen behauptet wird, die Börsensteuererhöhung hätte auf die Einnahmen der Post- und Telegraphenverwaltung einen mindern Einfluss ausgeübt, so ist das aus den Ausweisen über die Ergebnisse der Einnahmen dieses Verwaltungszweiges im ersten Drittel des laufenden Etatsjahres wenigstens nicht ersichtlich. Die Einnahme der Post- und Telegraphenverwaltung weisen gegen den entsprechenden Theil des Vorjahres ein Mehr von 3,7 Millionen auf. Und dabei muß man bedenken, daß das Vorjahr einen größeren Ueberschuß ergab, als der Etat für 1893/94 vorgeesehen hatte und daß die Haupterntezeit für Post und Telegraphie die Herbst- und Weihnachtszeit zu sein pflegt.

In Frankreich hat Herr Liebknecht Stuttgarter Rede, in welcher er bekanntlich den Anarchisten den jetzigen Präsidenten der Republik Casimir Perier als den Mann bezeichnete, den sie eigentlich an Stelle Carnots hätten umbringen müssen, viel böses Blut gemacht. So schreibt der „gouvernementale, leicht radical angehauchte Jour“:

Wir haben jetzt den Beweis, daß der Socialismus der Vater des Anarchismus ist und daß, wenn der letztere den letzteren im Angesicht der Guillotine verleugnet, er es nicht verkennt, ihn, sobald die Gendarmen nicht in der Nähe sind, mit guten Rathschlägen zu versehen. Der deutsche socialistische Reichstagsabgeordnete hat den Anarchisten sogar unlängst öffentlich einen solchen Rath gegeben, der nicht verstanden wird, Früchte zu tragen. Darauf können wir rechnen. Für Liebknecht, wie für verschiedene seiner französischen Genossen handelt es sich augenblicklich darum, seit Caserios Mordthat sich selbst von den Anarchisten loszumachen, ohne diese, die besser geleitet sehr nützlich sein können, zu entmuthigen. In diesem Sinne erklärte denn auch Liebknecht, nachdem er zunächst den Anarchismus den Ausfluß des schlechten Gewissens der gegenwärtigen Staatsordnung genannt hatte, der arme Caserio sei mehr zu bedauern, als zu tadeln; er sei offenbar nicht in Bollbesitz seiner geistigen Fähigkeiten gewesen, sonst hätte er, statt Carnots Casimir Perier tödten müssen; das sei der Feind, der Bourgeois mit der festen Faust! Und danach will man noch behaupten, der Socialismus habe nichts mit dem Anarchismus gemein. Wir haben hier vor uns einen der berühmtesten Socialistenführer, der ganz undebefangenen einem Banditen vorwirft, den harmlosen Carnot anstatt des viel gefährlicheren Perier umgebracht zu haben. Will uns da einer erklären, was in den Köpfen der deutschen

Anarchisten, vor denen Liebknecht gesprochen hat, vorgegangen ist und was aus solchen Rathschlägen für eine Saat ausgehen muß, wenn ein Genosse sich findet, der Muth und Energie genug besitzt, sich zu opfern und man seinerseits zum Messer zu greifen? Wir behaupten, der deutsche Socialist hat Herrn Perier den Würden als bestes Object bezeichnet. Das ist so wahr, daß Herr Liebknecht zufällig, wenn einer seiner Genossen versucht haben wird, den jetzigen Präsidenten der Republik zu ermorden, sich in der Unmöglichkeit befindet, diese That zu mißbilligen. Der Würder würde ihm antworten: Nach! Dich nicht lächerlich, alter Freund! Du hast mir ja selbst das Messer in die Hand gedrückt; Du selbst hast mir gerathen, mich an Casimir Perier heranzumachen. Und der Uebersch habe hundertmal Recht.

Ganz ähnlich spricht sich auch die conservativ-meritale „Autorität“ aus, nur daß sie mehr gegen den Preußen Liebknecht, als gegen den Socialistenführer loszieht. Die Enttarnung ist eine allgemeine, und wenn man auch im auswärtigen Amt zu keine diplomatische Intervention denkt, so geht man dafür im Ministerium des Innern mit der Absicht um, den in Frankreich lebenden und gelegentlich Gastrollen gebenden deutschen Socialisten scharfer als bisher auf die Finger zu sehen.

Deutsches Reich. Nach dem neueren Urtheil hervortretender sachmännlicher Autoritäten Deutschlands wie des Auslandes dürfte die Cholera-Epidemie, von der Ostropa dieses Jahr stärker als sonst heimgesucht ist, im wesentlichen auf ihrem jetzigen Ausbreitungsstand beschränkt bleiben, obwohl der laufende und der nächste Monat im Hinblick auf genannte Seuche als die eigentlich kritischen gelten. Die Bestimmungen der Dresdener Sanitätskonferenz haben sich als zweckentsprechend bewährt, da überall, wo sie gewissenhaft zur Befolgung gelangten, es der Cholera unmöglich geworden ist, festen Fuß zu fassen. Diese Wahrnehmung leistet auch der Hoffnung Vorschub, daß es mit den Jahren immer mehr gelingen werde, die Cholera von den Grenzen der europäischen Kulturländer fernzuhalten und sie mit Erfolg selbst an ihren traditionellen Brutstätten zu bekämpfen.

Von neuen Schnellfeuergeschützen, die bei den diesjährigen Kaisermanövern in Preußen versuchsweise von der Kavallerie benutzt werden sollen, wußten in den letzten Tagen verschiedene Zeitungen mit zahlreichen Ausschmückungen verschiedene Mittheilungen zu bringen. Nimmehr erklärt der „Reichsanzeiger“, in der Lage zu sein, die Versicherung abgeben zu können, daß von solchen Versuchen bei den zuständigen Behörden nichts bekannt ist.

Nach vor wenigen Jahren würde Niemand es für möglich gehalten haben — schreiben die „Hamb. Nachr.“ —, daß die russische Industrie in absehbarer Zeit im Stande sein würde, die Konkurrenz mit der ausländischen Industrie im Auslande selbst aufzunehmen. Wenn man freilich den Verlauf ihrer rapiden Entwicklung, die seit der Einführung der hohen russischen Schutzzölle gegen industrielle Erzeugnisse des Auslandes datirt, mit Aufmerksamkeit verfolgte, so konnte man wohl auf solche Ueberraschungen gefaßt sein, wie sie heute denjenigen bereitet werden, welche die russische Industrie noch in den Kinderschuhen stecken wähten und sich von dem Abschluß eines Handelsvertrages mit Rußland eine goldene Zeit für die Ausfuhr unserer heimischen Industrieprodukte nach dem Zarenreiche versprochen. Heute müssen wir es erleben, so berichten die „Berl. Neuest. Nachr.“, daß die russische Industrie uns in unserem eigenen Lande aufsuchen und mit uns zu einem Wettkampfe in die Arena treten will. Gleich nach Abschluß des deutsch-russischen Handelsvertrages sagte man im russischen Finanzministerium den Plan, im Auslande Handelsmuseen zu errichten und jetzt ist die Angelegenheit bereits so weit gediehen, daß man den Gedanken in der That umzusetzen sich ansieht, nachdem der betreffende Entwurf so-

eben fertiggestellt worden ist. In diesen Handelsmuseen sollen Musterkollektionen von Erzeugnissen der russischen Industrie ausgestellt werden, und zwar hat man sich die gleichen Einrichtungen Deutschlands und Frankreichs zum Muster genommen. Die ersten Museen sollen in Deutschland, Frankreich und der Türkei eröffnet werden, denen dann später solche in Italien und Ostasien folgen sollen. Das erste und bedeutendste Museum soll in Hamburg eingerichtet und besonders reichhaltig ausgestattet werden. Es soll eine stattliche Sammlung von Mustern russischer Fabrikate, insbesondere von Erzeugnissen der russischen Hausindustrie und der billigeren Gegenstände des alltäglichen Gebrauches enthalten. Das Museum in Hamburg ist zugleich als Zentralstelle für Norddeutschland und für die anderen in Deutschland geplanten Museen gedacht und soll in kurzem eröffnet werden, nachdem die Vorbereitungen bereits in die Wege geleitet sind.

Von einer dem Reichskanzler nahestehenden Seite wird die Ansicht verfochten, daß der Reichskanzler Graf Caprivi sich in vertraulichen Kreisen dahin ausgesprochen habe, den preussischen Finanzminister Dr. Miquel unter allen Umständen seinem Amte zu erhalten. Nach Ansicht des Grafen Caprivi sind die Arbeitskraft und Genialität Dr. Miquels im Interesse des Vaterlandes als unentbehrlich zu betrachten.

Der am Sonntag abgehaltene antisemitische Parteitag in Hamm war von etwa 100 Personen, welche aus verschiedenen Städten der Provinz und einigen rheinischen Städten zusammengelassen waren, besetzt. Ueber die Verhandlungen wird u. A. folgendes berichtet: Herr Reichstagsabgeordneter Dr. König (Witten) eröffnete und leitete die Verhandlungen. Der erste Gegenstand der Tagesordnung betraf „Verschmelzung der antisemitischen Parteien“. Ueber diesen Gegenstand berichtete Herr Dr. König. Zunächst wies er darauf hin, daß die konservativ Partei den Antisemiten am nächsten stehe und erstere die Judenfrage in ihr Programm aufgenommen habe. Trotzdem aber könne die antisemitische Partei mit den Konservativen keine gemeinschaftliche Sache machen, da sie nicht eine gouvernementale Partei sein wolle. Auch hätten die Konservativen die Antisemiten wiederholt bekämpft; wohl wollte man letztere als Anhängel gebrauchten, doch dafür dankten sie bestens; sie wollten als selbständige Partei auftreten. Des Weiteren besprach Redner die Einigungsversuche der verschiedenen antisemitischen Richtungen. Es sei zwischen dem Führer der deutschen Reformpartei, Abg. Zimmermann, und einigen anderen Antisemiten das Programm der neuen Partei aufgestellt worden, das sich an das frühere Bochumer Parteiprogramm anlehne. Die neue Partei soll den Namen: Deutsch-sozialer Reformpartei erhalten. Die Verschmelzung der Parteien wurde nach längerer Debatte schließlich einstimmig beschlossen mit der ausdrücklichen Erklärung, daß in dem neuen Parteiprogramm auf die Bedeutung der christlichen Kirche für die Sittlichkeit und Jugendberziehung hingewiesen wird.

Der Graudenger „Gesellige“ veröffentlicht den nachstehenden Erlaß des Oberpräsidenten vom gestrigen Tage: „Se. Majestät der Kaiser haben unter dem 26. August befohlen, mit Rücksicht auf die in einigen Theilen der Provinz vorgekommenen Cholerafälle größere Ansammlungen von Zivilpersonen gelegentlich der Kaisermanöver thunlichst zu vermeiden. Es werden daher bei dem Empfange Se. Majestät in Ebing und in Marienberg nur die dort befindlichen Vereine und Schulen Verwendung finden. Se. Majestät der Kaiser bedauern, aus landesväterlicher Fürsorge zu dieser schmerzlichen Anordnung gezwungen zu sein.“

Der „Reichsanzeiger“ schreibt: Auf Grund der amtlichen